Deutscher Bundestag **Drucksache 16/9592**

16. Wahlperiode 18. 06. 2008

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung (1. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Dagmar Enkelmann, Ulrich Maurer, Klaus Ernst, Volker Schneider (Saarbrücken) und der Fraktion DIE LINKE. – Drucksache 16/7107 –

Privilegien beenden – Mitglieder des Deutschen Bundestages in die gesetzliche Rentenversicherung einbeziehen

A. Problem

Die Antragsteller sehen eine unberechtigte Privilegierung darin, dass die Abgeordneten des Deutschen Bundestages keine eigenen Beiträge zu ihrer Altersversorgung leisten. Dieser Zustand müsse mit Blick auf die in der gesetzlichen Rentenversicherung Pflichtversicherten beendet werden.

B. Lösung

Die Antragsteller schlagen vor, die Mitglieder des Deutschen Bundestages künftig für die Zeit ihrer Mandatsausübung in die gesetzliche Rentenversicherung einzubeziehen. Dies sei zugleich ein erster Schritt, um die gesetzliche Rentenversicherung zu einer solidarischen Erwerbstätigenversicherung auszubauen.

In der 17. Wahlperiode solle zudem eine umfassende Reform der Abgeordnetenentschädigung angestrebt werden, die eine Neugestaltung der steuerfreien Kostenpauschale sowie eigene Beiträge zur Altersversorgung umfasse.

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Beibehaltung des bisherigen Rechts.

D. Kosten

Keine Angaben.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 16/7107 abzulehnen.

Berlin, den 5. Juni 2008

Der Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung

Thomas Strobl (Heilbronn)
Vorsitzender

Bernhard Kaster
Berichterstatter

Christian Lange (Backnang)
Berichterstatter

Jörg van Essen
Berichterstatter

Dr. Dagmar Enkelmann
Berichterstatterin

Volker Beck (Köln)
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Bernhard Kaster, Christian Lange (Backnang), Jörg van Essen, Dr. Dagmar Enkelmann und Volker Beck (Köln)

I. Überweisung

Der Antrag auf Drucksache 16/7107 ist in der 127. Sitzung am 16. November 2007 in erster Beratung dem Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung zur Federführung und dem Ausschuss für Arbeit und Soziales zur Mitberatung überwiesen worden.

II. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Antrag in seiner 90. Sitzung vom 4. Juni 2008 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag abzulehnen.

III. Beratung im Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung

Der Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung hat den Antrag in seiner 35. Sitzung in Geschäftsordnungsangelegenheiten am 5. Juni 2008 abschließend beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. abgelehnt.

Die Vertreter der **Fraktionen der CDU/CSU** und **SPD** lehnten eine Einbeziehung der Abgeordneten in die gesetzliche Rentenversicherung ab und verwiesen darauf, dass das Niveau der Altersversorgung der Mitglieder des Bundestages bereits durch das 27. Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes im November 2007 entsprechend den Regelungen in der gesetzlichen Rentenversicherung angepasst worden sei. Ein Systemwechsel – wie die Einbeziehung in die gesetzliche Rentenversicherung – würde nur zu einer Verwässerung der unterschiedlichen Sachverhalte führen.

Der Vertreter der **Fraktion der FDP** lehnte ebenfalls eine Einbeziehung von Abgeordneten in die gesetzliche Rentenversicherung ab und verlangte vielmehr eine eigenverantwortliche Gestaltung der Altersversorgung durch eigene Kapitalbeträge. Er verwies auf den Antrag seiner Fraktion, Vorschläge zur Altersversorgung zusammen mit der Frage einer angemessenen Entschädigung für Abgeordnete einer unabhängigen, vom Bundespräsidenten einzuberufenden Kommission zu überlassen.

Die Vertreterin der **Fraktion DIE LINKE.** begründete den Antrag und forderte eine grundsätzliche Neuregelung der Altersversorgung von Abgeordneten. Diese seien gegenüber Mitgliedern anderer Systeme, insbesondere denen der gesetzlichen Rentenversicherung, bevorteilt, da sie bislang keinerlei Beiträge leisteten.

Der Vertreter der **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** äußerte zwar grundsätzlich Sympathie für eine Einbeziehung der Abgeordneten in die gesetzliche Rentenversicherung. Ohne die Umgestaltung der bisherigen gesetzlichen Rentenversicherung in eine Bürgerversicherung würde dies jedoch nicht umsetzbar sein, da nicht in allen Fällen Abgeordnete nach angemessener Zeit einen Rentenanspruch erlangten. Seine Fraktion befürworte stattdessen eine Altersversorgung der Abgeordneten durch ein eigenes Versorgungswerk.

Berlin, den 5. Juni 2008

Bernhard Kaster
Berichterstatter

Christian Lange (Backnang)
Berichterstatter

Jörg van Essen
Berichterstatter

Dr. Dagmar Enkelmann
Berichterstatterin

Volker Beck (Köln)
Berichterstatter

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333